

Titel	Plastik in Deutschland
AntragstellerInnen	Jusos Mannheim
Zur Weiterleitung an	SPD-Bundestagsfraktion

Plastik in Deutschland

Das Ziel der Plastikpolitik ist ein/e umweltfreundliche/r Produktion bzw. Konsum und die kontrollierte Säuberung der Umwelt, um weitreichende Schäden für Mensch und Natur einzudämmen und ein gesundheitlich unbedenkliches Leben der Bürger und Bürgerinnen der Bundesrepublik Deutschlands, Europas und Global zu sichern.

Forderungen:

Den Plastikverbrauch durch folgende mögliche gesetzliche Verankerungen im Alltag minimieren:

- Die zentrale Frage nach der Lösung des Plastikproblems in den Vordergrund der Umweltpolitik setzen und nicht nur auf europäischer, sondern auch auf nationaler Ebene eine Antwort suchen.
- Langfristiges Ziel des vollständigen Verbotes von Plastiktüten, Einweg- und Wegwerfartikeln aus Plastik (z.B. Kaffeetabs, Coffe-to-go-Becher), doppelten Verpackungen, sinnfreien Verpackungen (aufgeschnittene Tomaten, Schalenobst und Gemüse, etc.) und Artikeln, zu denen umweltfreundlichere Alternativen existieren (Prospekthüllen, eingeschweißte Magazine, etc.)
- eine zügige Umstellung von Ein- auf Mehrweg-Pfandflaschen und dem anschließenden Verbot von Nicht-Pfandflaschen
- Umfassende hygienische Genehmigung für das Mitbringen von eigenen Behältern an Lebensmitteltheken zur Vermeidung von Plastikabfällen
- Förderung von umweltfreundlichen und wiederverwendbaren Alternativen von Plastik sowie Förderung der Forschung von solchen Alternativen.
- Förderung, Schaffen von Anreizen (in Form von finanziellen Starthilfen, Subventionen, Steuererleichterungen, Bürokratieabbau, etc.) für Unverpacktläden

- Steuerbelastungen in Form einer Plastiksteuer, die nicht auf Konsumenten übertragen werden darf (in Form von Umweltabgaben oder aber Unterstützung von Projekten zur Erhaltung und Säuberung der Umwelt im gleichen finanziellen Rahmen), für Unternehmen, die nicht umweltfreundlich produzieren und vertreiben wollen
- Erweiterte Förderung der Wiederaufbereitung von Plastik, um Ressourcenschonend zu handeln
- Pflicht zur eindeutigen Bezeichnung von Mikroplastik auf allen Artikeln mit dem längerfristigen Übergang zum Verbot von absichtlich zugefügtem Mikroplastik in Produkten.
- In Auftraggebung einer umfassenden Studie zu gesundheitlichen Auswirkungen von Mikroplastik auf den Menschen
- Durchführung von Informationskampagnen und Projektunterstützung in der Bevölkerung mit dem Aufruf zum nachhaltigen Umgang mit Plastik und seinen Alternativen
- Die Bundesregierung soll auf eine weitergehende europäische Regelung dieser Punkte hinwirken und auch international auf Lösungen drängen.

Zur Weiterleitung an

SPD-Bundestagsfraktion